



FLÜCHTLINGSRAT
KREFELD e.V.

Bleichpfad 15a 47799 Krefeld
Telefon 02151 – 4123857
www.fluechtlingsrat-krefeld.de
info@fluechtlingsrat-krefeld.de

Krefeld, 10.05.23

Flüchtlingsrat Krefeld e.V. • Bleichpfad 15a • 47799 Krefeld

**An die
-Krefelder Bundestagsabgeordneten der
Regierungskoalition**

**-Krefelder Parteivorstände von
SPD , Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Stoppen Sie/Ihre Fraktion und Partei den Bruch der im Koalitionsvertrag festgehaltenen menschenrechtlichen Position zum Asylrecht!
Innenministerin Fäber muss den geplanten Asylrechtsverschärfungen auf EU-Ebene widersprechen und den Koalitionsvertrag einhalten!

Sagen Sie/Ihre Fraktion und Partei in der EU vor dem 08.06. öffentlich „Nein!“ zu den geplanten sog. beschleunigten Asylverfahren an den EU-Außengrenzen ohne inhaltliche rechtsstaatliche Prüfung der Fluchtgründe, zur vorgesehenen Einrichtung gefängnisähnlicher Einrichtungen für Schutz Suchende an den Grenzen und der Ausweisung neuer sog. sicherer Drittstaaten!

Offener Brief/Appell an die Krefelder Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition sowie an die Krefelder Parteivorstände von SPD, Grüne und FDP mit der Bitte um Stellungnahme an den Flüchtlingsrat zum Appell der Menschenrechtsorganisation „pro asyl“, dem sich der Flüchtlingsrat Krefeld voll inhaltlich anschließt: (Anlagen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind als in Krefeld seit Jahren aktive zivilgesellschaftliche Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die in Krefeld vor Krieg, Diskriminierung und Verfolgung Schutz suchen Menschen zu unterstützen entsetzt vom offensichtlich schon in der Bundesregierung beschlossenen Koalitionsbruch in wesentlichen menschenrechtlichen Positionen. Wir bitten Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit die beschriebenen Asylrechtsverschärfungen nicht in der EU in Kraft treten!

Wir erlauben uns über unseren dringlichen Appell an Sie die Öffentlichkeit sowie die lokalen Medien zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Völlings, Vorsitzende

Anlagen: Aufruf/Appell von pro asyl zu den geplanten Asylrechtsverschärfungen in der EU an die Parteivorstände der Koalitionsfraktionen/ „Wir wollen ein anderes Europa!“